

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Lauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebenen Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

An das arbeitende Volk Deutschlands!

Der Reichstag hat in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember nach einer ununterbrochenen fast 19stündigen Sitzung das Zolltarifgesetz und den Zolltarif mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist eine für die Zukunft Deutschlands folgenschwere Verhandlung vorläufig abgeschlossen worden.

Dieses Zolltarifgesetz, in Verbindung mit einem Zolltarif von 946 Positionen, von denen kaum 20 der verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen worden sind, weil die zollgierige Mehrheit nicht den Augenblick erwarten konnte, in dem sie die Leute in der Tasche hatte, ist von uns mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln bis zum letzten Augenblicke der Beratung auf das heftigste bekämpft worden.

Ausschlaggebend für unseren zähen Widerstand gegen die überhastete Durchberatung des Zolltarifs war, daß eine Maßregel, von so ungeheurer Tragweite für das gesamte Wirtschaftsleben unseres Volkes, nicht hätte beschlossen werden dürfen, ohne daß das Volk selbst bei allgemeinen Neuwahlen Stellung dazu nehmen konnte. Aber aus Furcht vor dem drohenden Volksurteil sind die Regierungen und die Reichstagsmehrheit dieser selbstverständlichen Forderung ausgewichen. Unmittelbar vor dem verfassungsgemäß bevorstehenden Schluß dieser Legislaturperiode haben sie die Leute unter Dach und Fach gebracht und damit den berechtigten Einfluß des Volkes auf die Gesetzgebung unterbunden.

Wir sehen in diesem Zolltarif, der den künftigen Verhandlungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit ausländischen Staaten zu Grunde gelegt werden soll, eine der schwersten Schädigungen für die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Entwicklung der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere der arbeitenden Klassen.

Dieser Tarif ist nicht geeignet, der deutschen Industrie, dem deutschen Verkehr und der deutschen Arbeit Handelsverträge zu sichern, die eine normale, dem Wohle der Gesamtheit förderliche Entwicklung ermöglichen; er erschwert sie vielmehr aufs höchste und gefährdet dadurch große Kreise in ihrer Existenz und führt sie dem Elend zu.

Und das alles, um den junkerlichen und bürgerlichen Grundbesitzern und einem Teil der größeren bäuerlichen Betriebe, sodann gewissen Kreisen der Großindustrie zu den allen weitere sehr erhebliche Vorteile auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsklassen zuzuschauen, Vorteile, die sich auf jährlich mindestens 500 Millionen Mark belaufen, durch welche die Lebenshaltung der übrigen Klassen, namentlich der Arbeiterklasse, befristet wird.

Durch die Mindestzölle auf Brot und Mehl, unter die bei Abschluß der künftigen Handelsverträge nicht gegangen werden darf, wird das tägliche Brot des deutschen Volkes im Vergleich zu dem Weltmarktpreis des Brotgetreides um nahezu 50 Prozent und für Weizen um über 40 Prozent verteuert.

Das deutsche Volk hat, soweit es nicht selbst sein Brotgetreide für den eigenen Bedarf baut, künftig das zweifelhafteste Glück, das teuerste Brot und das teuerste Mehl in der Welt zu essen!

Wie mit Brot und Mehl, steht es mit den Viehprodukten aller Art. Die von der Mehrheit des Reichstages beschlossenen und von den verbündeten Regierungen gebilligten Sätze auf vom Ausland eingeführtes Vieh und eingeführte Fleischwaren erhöhen künftig die Zölle um das Vielfache. So wird also auch die Fleischnahrung des Volkes, die schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Millionen Familien ein Luxusgenuss ist, entsprechend weiter verteuert, wodurch die Gesundheitsverhältnisse großer Bevölkerungsschichten auf das schwerste benachteiligt werden.

Und wie mit Brot- und Fleischprodukten aller Art steht es mit den übrigen Lebensbedürfnissen, auf die man ebenfalls die Zölle in starkem Maße erhöht oder wie auf Gemüse, Obst, Gänse und anderes Geflügel neu eingeführt hat.

Deutschland hat im Jahre 1900 für nicht weniger als 1962 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel eingeführt, weil es dieselben entweder in hinreichender Menge zur Ernährung seiner stetig anwachsenden Bevölkerung zu erzeugen nicht im Stande ist, so bei Roggen, Weizen, Gerste, Eiern, Butter, Käse, Fleisch, Getreide aller Art — oder weil es andere Nahrungsmittel nach der Natur seines Klimas nicht erzeugen kann: wie Reis, Kaffee, Thee, Süßfrüchte, Gewürze.

Fast alle diese Gegenstände waren schon bisher hoch verzollt. Diese Zölle sind aber der agrarischen Begehrlichkeit zu Liebe noch sehr erheblich erhöht worden, so daß allein der jährliche Mehrertrag an Zolleinnahmen für die Reichskasse sich auf circa 210 Millionen Mark beläuft, von denen 175 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, 35 Millionen Mark auf Industrie-Erzeugnisse entfallen,

eine Steuer, durch die in entsprechender Weise die Preise für den Gesamtverbrauch der Nation künstlich in die Höhe getrieben werden.

Man giebt denen, die schon haben, um denen noch das Letzte zu nehmen, die ohnehin an dem nötigsten Mangel leiden!

Es ist die Politik der Verreichung der Wohlhabenden auf Kosten der Armen, — eine Politik, die in schreiendem Gegensatz mit der Gerechtigkeit und der Christlichkeit steht, weshalb gerade diejenigen, so scheint es, an der Spitze dieser Brot- und Lebensmittelhunger-Politik stehen, die das Volk lehren zu beten: Unser täglich Brot gib uns heute!

Die protestantische und katholische Geistlichkeit, soweit sie im Reichstag vertreten ist, hat dem Hunger- und Wuchertarif ihre Zustimmung und ihren Segen gegeben!

Auch daß es gerade ein Adventsonntag war, an dem die Mehrheit des Reichstages diesen Hunger- und Wuchertarif annahm, brüht dieser Handlung ein besonderes Gepräge auf.

Nehrte heute Christus wieder, er wäre der erste, der die Weisheit über diese Brot- und Lebensmittelvertenerer schwänze, die sich brüsten, in seinem Namen zu handeln, und sie zum Tempel hinausjagte, den sie durch ihre Handlungen schändeten.

Dem Klein- und Parzellenbauer läßt man vor, daß man die Getreide-, Vieh-, Geflügelzölle etc. nur einführe, um ihm die ärmliche Existenz zu erleichtern. Dieselben Klein- und Parzellenbauern aber müssen, soweit sie nicht genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf bauen, die hohen Getreidezölle selbst mittragen. Soweit sie ferner für ihre Vieh- und Geflügelzucht nicht genügend Futtermittel besitzen, müssen sie die hohen Zölle auf diese mit entrichten, so den fast doppelt so hohen Mais-, Gerste- und Haferzoll, die sehr erheblich erhöhten Zölle auf Delfrüchte und andere Futtermittel. Insbesondere erschwert man auch dem Kleinbäuerlichen und städtischen Pferdebesitzer, dem Fuhrmann und Droßkutschler, damit aufs ärgste die tägliche Existenz.

Den Handwerker künstelt man, indem man ihm sagt, daß höhere Einkommen der Landwirte käme auch ihm zu gute. Er, der schon unter der Konkurrenz des Kapitalismus leidet, muß künftig nicht bloß seinen Brot- und Fleischverbrauch und alle übrigen Lebensmittel teurer bezahlen, sondern auch sein Handwerksgewerbe sowie seine Holz- und Halbfabrikate höher bezahlen, weil sie durch die Zölle entsprechend verteuert werden, oder weil durch die Zollpolitik die Kartell- und Syndikatswirtschaft noch mehr begünstigt wird, die ihre Fabrikate nach innen zu Wucherpreisen, nach außen aber zu Stulenderpreisen absetzt. So wird der Ruin des Handwerkerstandes nur beschleunigt.

Die angeblichen Mittelstandsretter in der Zollwuchermehrheit sind die Totengräber des Mittelstandes!

Den Arbeiter sucht man zu täuschen, indem man ihm sagt, die höheren Lebensmittelpreise werde er durch bessere Löhne in der zollgeschützten Industrie und Landwirtschaft zurück erhalten. Man verschweigt ihm, daß der Lohn sich nicht nach den Lebensmittelpreisen, sondern nach der Nachfrage nach Arbeitskräften richtet. Daß kein Unternehmer höhere Löhne zahlt, als er zahlen muß, daß aber dieselben Unternehmerschichten, die, durch Zölle und Kartellwirtschaft Riesengewinne einheimen, ihren Arbeitern das Vereinigungs- und Koalitionsrecht rauben, ohne daß er den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aufnehmen kann. Während gar dem Landarbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht zum Kampfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen strafgesetzlich verboten worden ist.

So bleibt auch unter der neuen agrarischen Zöllnerei der Landarbeiter ein moderner Sklave.

Schmach und Schande über die Parteien, die die Armen und Bedrückten belügen, ausbeuten und betrügen und zu dem Schaden auch noch den Spott hinzufügen, indem sie sich heuchlerisch als Vertreter des echten Patriotismus, des wahren Christentums und der Moral geben und feiern lassen.

Bei der gewaltigen Ausfuhr Deutschlands an Industrieartikeln, deren Wert im Jahre 1900 rund 3000 Millionen betrug, hängen Millionen Familien von einer geschickt geführten Wirtschaftspolitik ab, die gestattet, mit dem Ausland günstige Handelsverträge abzuschließen. Aber es besteht kein Zweifel, daß der durch die Beschlässe der Reichstagsmehrheit für künftige Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage geschaffene Tarif den Abschluß günstiger Handelsverträge für Deutschland aufs höchste gefährdet. Soweit aber Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs zu Stande kommen, werden diese wesentlich ungünstiger sein als die bisher in Kraft gewesenen.

Im Jahre 1894 bezeichnete der deutsche Kaiser den Abschluß der im Augenblick noch geltenden Handelsverträge als eine „rettende That“ und in Bezug auf den Antrag Kanitz erklärte er: man könne ihm nicht zumuten, Brotwucher zu treiben. Was damals als eine „rettende That“ angesehen wurde, erscheint heute der Reichstagsmehrheit und der Mehrzahl der

Regierungen — darunter in erster Linie der preussischen — als ein nationales Unglück, dessen Folgen man so rasch als möglich durch den Abschluß neuer Handelsverträge auf Grund des angenommenen Hunger- und Wuchertarifs beseitigen müsse.

Die Folge ist, daß in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse nicht nur durch die kommenden erhöhten Lebensmittelpreise in eine ungünstigere Lage herabgedrückt wird, sondern daß auch durch ungünstige Handelsverträge Industrie und Verkehr aufs schwerste geschädigt werden, was wieder unheilvoll auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken muß.

Der deutsche Arbeiter — und mit ihm seine Familie — wird also mit doppelten Nutzen gepeinigt. Ihm wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter eines anderen Kulturlandes kennt, und außerdem hat er mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen.

Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, daß sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verblendung bei den Wahlen ihren schlimmsten Gegnern ihre Stimme gab!

Doch die Erkenntnis von diesen volks- und arbeiterfeindlichen Tritten bricht sich Bahn insbesondere in den Kreisen der Arbeiter, die bisher dem Centrum Heeresfolge leisteten. Um der steigenden Unzufriedenheit in diesen Kreisen entgegenzuwirken und eine Deckung für seine gemeinschädliche Zollpolitik zu finden, brachte das Centrum einen Antrag ein, wonach gewisse Erträge aus den erhöhten Zolleinnahmen in Betrage von 90 Millionen Mark pro Jahr für die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung aufgespart werden soll. Doch schnell ward dem Centrum bange vor seiner eigenen Kühnheit und es setzte regierungstreu seine Forderung auf 50 Millionen hermiter.

So erklärt sich dieser Antrag als eine Gewissensabfindung des Centrums für den Sündenfall, den es durch die Zustimmung zu dem Hunger- und Wuchertarif beging.

Die Vorteile, welche die deutsche Unternehmerklasse, insbesondere die große und mittlere Landwirtschaft, aus der gesamten Zollpolitik des deutschen Reichs künftig zieht, belaufen sich auf mindestens 1200 Millionen Mark im Jahre. Von diesem Riesengewinn sollen künftig höchstens 50 Millionen Mark für eine Witwen- und Waisen-Versicherung angelegt werden. Das bedeutet, daß von jeder Mark, die eine deutsche Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung mehr ausgeben muß, ganze vier Pfennige für Witwen- und Waisenunterstützung verwendet werden sollen. Und selbst diese Versicherung ist noch in weite Ferne gerückt. Der deutsche Arbeiter hat also nur den schwachen Trost, daß, wenn er infolge schlechterer Ernährung und gedrückter Lebenshaltung frühzeitiger ins Grab steigt, seine Witwe und seine Kinder einige Vettelspfennige als Witwen- und Waisen-Versicherung erhalten, wodurch obendrein die Unterstützungspflicht der Gemeinde gegen diese erleichtert wird.

Wenn trotzdem auch wir diesem Antrag schließlich zustimmten — nachdem unser eigener Antrag, ca. 300 Millionen Mark pro Jahr für den gleichen Zweck zu verwenden, mit Hilfe des Centrums von der Mehrheit abgelehnt worden war — so thäten wir dieses nicht etwa, weil wir dem Antrag des Centrums eine besondere Wirkung für den in Aussicht genommenen Zweck zuschrieben; dazu sind die 50 Millionen viel zu wenig. Für uns war maßgebend, daß jede Million Mark, die wir dem gierigen Nachen des Reichsfiskus für einen humanitären Zweck entziehen, dem Militär- und Marinemoloch verloren ging, also einem kulturfeindlichen Zweck entzogen wurde.

Ueber die demagogische Absicht des Centrumsantrages und seine thatsächliche Anzulänglichlichkeit haben wir uns nie getäuscht, und seine Annahme macht das Verbrechen, welches das Centrum durch seine Zustimmung zum Hunger- und Wuchertarif an den Armen und Elenden begangen hat, um kein Haar leichter!

Eine Beseitigung oder auch nur eine wesentliche Ermäßigung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel ist, so lange die jetzigen Parteiverhältnisse bestehen und das deutsche Reich das bleibt, was es ist — ein Militär- und Klassenstaat — nicht zu erwarten. Die Einnahmen aus den Brot- und Lebensmittelpreisen bilden schon seit langem eine seiner Haupteinnahmequellen für die Militär- und Marineausgaben, die bis auf den letzten Pfennig hierfür Verwendung finden. Direkte Steuern aus dem Vermögen oder Einkommen für das Reich zu zahlen, weigern sich aber die herrschenden Klassen auf Tod und Leben.

Wie der gemeine Mann für das Reich die Hauptlast der Wutsteuer zu tragen hat, so auch hauptsächlich die Steuer an Geld. Es liegt in der Natur des Klassenstaates, daß er die Rechte und Freiheiten vorzugsweise für die Besitzenden in Anspruch nimmt und den Nicht-